

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

für die Auflösung der ehemaligen
Staatssicherheit (MfS)



Träger der Gedenkstätte

Museum in der „Runden Ecke“ mit
dem Museum im Stasi-Bunker

Dittrichring 24 · 04109 Leipzig
Postfach 10 03 45 · D-04003 Leipzig
Tel.: 0341 / 9 61 24 43
Fax: 0341 / 9 61 24 99
Internet: www.runde-ecke-leipzig.de
E-mail: mail@runde-ecke-leipzig.de

RESÜMEE

Leipzig, den 04.10.2010

Unser Zeichen: resümee_erweiterung20JFR

Vernissage zur Erweiterung der Sonderausstellung "Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution", 30.09.2010

„Wir freuen uns, dass wir mit der Erweiterung noch einmal ganz eigene Akzente setzen konnten.“ Dr. Konrad Taut, der Vorsitzende des Bürgerkomitees Leipzig, zeigte sich bei seiner Begrüßung zufrieden mit dem Ergebnis der erweiterten Sonderausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“, die den Bogen zwischen den ersten freien Wahlen im Frühjahr und der Wiedervereinigung im Oktober 1990 spannt und bisher noch wenig bekannte Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte beleuchtet.

Es sei immer wieder wichtig, sich gemeinsam an die Ereignisse von vor 20 Jahren zu erinnern, betonte der Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e.V. Gunther Hatzsch, der lange Jahre für die SPD im Sächsischen Landtag saß und ein Grußwort an das zahlreich erschienene Publikum richtete. Hatzsch freute sich auf eine interessante Diskussion und begrüßte die Podiumsdiskussionsteilnehmer: Arnold Vaatz, Mitglied des Bundestags, Christian Scheibler, Mitglied des Stadtrats Leipzig, Dr. Michael Richter, Historiker am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, sowie den Moderator Prof. Dr. Günther Heydemann, Direktor des Hannah-Arendt-Institutes.

„Niemand gab es in Deutschland ein so großes Maß an Demokratie, Bürgerfreiheit und Wohlstand wie heute“, so Gunther Hatzsch zu den Errungenschaften der Friedlichen Revolution. Jedoch sei die Arbeit etwa des Hannah-Arendt-Instituts unabdingbar, um den Totalitarismus von allen Seiten erkennen zu können und diese Bürgerfreiheit zu wahren.

Tobias Hollitzer, der Leiter der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, informierte in seiner Einleitung über die Besonderheit der Erweiterung der Ausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“, die den Aufbau demokratischer Strukturen am Leipziger Beispiel in dieser Umbruchzeit genauer untersucht. Über die Geschehnisse zwischen Herbst '89 und der deutschen Wiedervereinigung sei wenig bekannt, so wecke die erweiterte Sonderausstellung besonderes Interesse.

Die Schau präsentiere eine Reihe neuer Fakten und bisher unbekannt Details. Sie zeige sowohl die ungeheuren Chancen für selbst bestimmtes bürgerschaftliches Engagement aber auch den nach- wie vor großen Einfluss der Vertreter des alten Systems auf die Entwicklung.

Spätestens ab Januar 1990 begann die Phase des Aufbaus demokratischer Strukturen in der DDR. Diese Zeit bot einzigartige Möglichkeiten des Engagements und der Realisierung eigener Vorstellungen und Ideen. Anhand eindrücklicher Dokumente wird gezeigt wie sich Leipziger Bürger gegen den Verfall ihrer Stadt wehrten. Zahlreiche Umwelt- und Städtebauprojekte wie „Stoppt Cospuden“, „Pleiß ans Licht“ oder der Volksbaukonferenz wurden ins Leben gerufen und erfolgreich durchgesetzt.

Eingebettet wird die Ausstellung in die nationalen und internationalen Prozesse, die zur Deutschen Einheit führten. Die Einführung der D-Mark wird ebenso am Leipziger Beispiel dargestellt wie die Eröffnung des ersten Arbeitsamtes in den Räumen der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung. Die Ausstellung zeigt schlaglichtartig sowohl Chancen als auch Probleme der rasanten Entwicklung, an deren Ende das wiedervereinigte Deutschland stand.

„Bundesland Sachsen wird wieder wachsen“, könnte auch ein Spruch aus der heutigen Zeit gegen den demografischen Wandel sein. Jedoch stamme dieser Slogan aus dem Jahr 1989. Mit diesen Sätzen leitete Prof. Dr. Heydemann die Diskussionsrunde ein. Er beschrieb die Komplexität der damaligen Zeit, die wirtschaftliche Misere, die Uneinigkeiten der Bürgerbewegung, die kommunale Veränderung und vor allem das Verhältnis zwischen bürgerlichem Engagement und der Macht der alten Kader.

Wie war die Atmosphäre nach dem 9. Oktober, und hat man in diesem Moment schon an die Neugründung Sachsens gedacht? Arnold Vaatz, 1990 erster Chef der Sächsischen Staatskanzlei, beschrieb ausführlich zwei Phasen des Aufbruchs: zunächst die offene Rebellion vom späten Sommer '89 bis zum Herbst im „Windschatten des 7. Oktobers“, dem 40. Jahrestag der DDR. Danach sei das Bewusstsein über die Chance zur Selbstbestimmung zu groß gewesen, um sich wieder zurück zu ziehen, „wobei es keine Beschlussfähigkeit der neuen Organisationen wie dem Neuen Forum gab“. Vaatz fügte hinzu, in diesem politischen Aufbruch sei auch die Idee der Länderbildung aufgekommen.

Christian Scheibler, Bürgerrechtler und Erstbesetzer der Leipziger Stasi-Zentrale im Dezember 1989, stimmte Vaatz' Aussagen zu. Seine persönlichen Erinnerungen an den Evangelischen Kirchentag 1989, seine dortige Rolle als Moderator und die Unausweichlichkeit der Themen Bürgerrechte und freie Wahlen ließen ihn zusammenfassen: „Es knallte schon im Frühjahr 1989“. Neugründungsideen Sachsens habe er erst nach dem Herbst '89 wahrgenommen. Über seine eigene Rolle als Mitglied des Neues Forums sagte er: „Das Einzige, an dem wir uns festhalten konnten, war alles transparent zu machen.“

Dr. Michael Richter skizzierte zunächst die Landesbildung und die „national-demokratische Wende“, die Auseinandersetzung um den Wechselkurs 1:1 für die Einführung der D-Mark, den 2+4-Vertrag sowie die Wiedervereinigung Deutschlands. Zur Neugründung der Länder, besonders Sachsens erläuterte Richter den genaueren Prozess: Ab Dezember '89 sei die Länderbildung schon in einigen Parteiprogrammen zu finden gewesen, gleichzeitig hätten die Räte der Bezirke versucht die „alten“ Apparate in die neue Struktur zu übertragen, was die Bürgerrechtler zunächst in Sachsen unterbanden. Im Mai '90 wurden die jeweiligen Partnerländer festgelegt: Bayern und Baden-Württemberg Sachsen wurden zugeteilt. Beide Bundesländer kooperierten wiederum mit den Räten der Bezirke, was von den Bürgerrechtlern schließlich verhindert wurde. Anders als alle anderen sei das Land Sachsen schlussendlich nicht von den Räten der Bezirke, sondern von demokratischen Kräften gebildet worden.

Ob die Wiedergründung Sachsens ein direktes Ziel gewesen ist und wie weit die sächsische Identität eine Rolle gespielt hat, sollte Arnold Vaatz klären. Der Berliner Runde Tisch habe sich immer mehr von den Meinungen im Süden der DDR entfernt. Er sah in Berlin große Sympathien für den Aufruf „Für unser Land“ von Christa Wolf und anderen, der unter anderem die DDR als erhaltenswert darstellte, wohingegen die Konföderationsvorschläge Kohls eine Einigung Deutschlands anstrebten. Diese komplexe Auseinandersetzung habe den Bruch der Runden Tische in Sachsen mit dem in Berlin gebracht. Es habe damals zwei Lösungsmöglichkeiten gegeben: einerseits eine souveräne DDR mit einer neuen Verfassung, andererseits einen strukturellen Wandel, um in die Bundesrepublik hinein zu wachsen.

Neben diesen Fragen sahen sich die Bürgerrechtler mit kommunalen Problemen konfrontiert: Die Veränderung der Verwaltungsstruktur, die sich mit den freien Wahlen im Frühjahr 1990 nicht automatisch gewandelt hatte, erwies sich als besonders schwierig. „Man kann so einen Apparat, der tausende von Angestellte hat, nicht mit eine paar Menschen über Nacht einfach umkrempeln,“ resümiert Christian Scheibler, der im Auftrag der Runden Tische in die Stadtverwaltung gegangen war.

Vaatz ergänzte, dass auch die Frage der Bevölkerung nach der politischen Zukunft größer geworden sei. Unter diesem Druck habe das Neue Forum in Dresden eine Erklärung mit konkreten Wahlen abgegeben, sogar mit einem Termin für die Landtagswahl. Die fand zwar zu diesem Zeitpunkt nicht statt, wirkte aber als Beschleunigung der Vorgänge.

„Kommunale Identität, sächsische Identität, optionale Wiedervereinigung. Wie passt das zusammen?“, fragte Günther Heydemann in die Podiumsrunde. Das Schwierigste sei die Ungewissheit über die Größe des DDR-Apparates gewesen, so Arnold Vaatz. Zum Teil, so betonte Scheibler noch einmal, waren die wenigen Kräfte der Bürgerbewegung zu schwach, um die verschiedenen Organe zu durchdringen. Jedoch haben die neuen Gruppen und Parteien mit dem Erfolg Biedenkopfs als Kandidat für das Ministerpräsidentenamt zur Landtagswahl eine stetige Zusammenarbeit zwischen Staatsorgan und Runden Tischen erreicht.

Am Ende der Podiumsdiskussion konnten Gäste Fragen an die Podiumsteilnehmer stellen. Hierbei ging es erneut um die Länderbildung, die CDU als Blockpartei und die Aufarbeitung der Stasiunterlagen sowie den Umgang mit den Tätern. In Bezug auf die Aufarbeitung und die Frage, warum die SED 1989/90 nicht verboten wurden, gab Arnold Vaatz am Ende der Diskussion den Hinweis, die SED könne nur mittels Argumenten überwunden werden, und man müsse in die Menschen vertrauen, dass sie erkennen und ablehnen.